

## Niederschrift

### zur 22. Sitzung des Hauptausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 01.09.2010	18:00 - 19:10 Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Gerold Sachse ,

##### Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz , Monika Fiedler , Maria Meinel , Käthe Radom Vertretung für Herrn Stephan Wende ,

##### CDU-Fraktion

Uwe Koch , Wolfgang Petenati ,

##### SPD-Fraktion

Elisabeth Alter , Roland Schulze , Elke Wagner ,

##### FDP-Fraktion

Lothar Hoffrichter , Reinhard Ksink ,

##### Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

##### Verwaltung

Gabriele Basner , Eckhard Fehse , Jörg Ihlow , Andrea Schickert , Annett Stiebe , Dr. Ingo Wetter ,

##### Gäste

Wenke Arlt , Dr. Thomas Buhl , Joachim Eggers, MOZ , Mathias Hellmann , Jens-Olaf Zänker ,

##### Abwesend

##### Fraktion DIE LINKE.

Stephan Wende ,

##### FDP-Fraktion

Heiner Buzziol ,

#### TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden zur 22. Sitzung des Hauptausschusses.

#### TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

### **TOP 3      Feststellung der Tagesordnung**

Die Verwaltung beantragt, die Tagesordnung um die DS 5/219 (Formwechselnde Umwandlung der Fürstengalerie GmbH & Co. KG) und die DS 5/239 (Stellenplanerweiterung für die Kindertagesstätte Kunterbunt ab 01.10.2010) zu erweitern.

Die DS 5/219 wurde bereits im Hauptausschuss beraten. Es fehlte lediglich ein Schreiben des Finanzamtes Eberswalde, das nunmehr vorliegt. Die Dringlichkeit zur DS 5/239 ergibt sich durch Beschluss des Landtages vom 15.07.2010, mit dem eine Änderung des Kindertagesstättengesetzes zum 01.10.2010 erfolgt, den die Verwaltung zeitnah umsetzt.

Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

**Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 4      Bestätigung der Niederschrift der 21. Sitzung vom 07.07.2010**

Die Abg. Fiedler bittet ihre Ausführungen zur ODU dahingehend zu verändern, dass sie die Verwaltung um Aufklärung und Darlegung der haushaltstechnischen Details zu diesem Produkt bat.

**Zustimmung mit Änderung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

### **TOP 5      Informationen des Vorsitzenden**

Der Vorsitzende greift nochmals den abgestimmten Vorschlag auf, einmal jährlich einen Tätigkeitsbericht der Beiräte entgegenzunehmen und stellt zur Diskussion, ob dafür der Hauptausschuss oder aufgrund des Tätigkeitsgebietes der Fachausschuss für Soziales, Kultur und Gleichstellungsfragen zuständig ist.

Nach kurzer Beratung legen die Mitglieder des Hauptausschusses übereinstimmend fest, dass die Verantwortung dafür beim Ausschuss für Soziales, Kultur und Gleichstellungsfragen liegt.

### **TOP 6      Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung**

#### **TOP 6.1      Beratung des Halbjahresberichtes 2010 für den Städtischen Betriebshof Fürstenwalde - Kommunalen Eigenbetrieb**

Da die Werkleiterin erkrankt ist, erläutert die Stellvertreterin, Frau Arlt, den vorliegenden Halbjahresbericht.

Sie berichtet, dass der Geschäftsverlauf anhand der vorliegenden GuV-Rechnung und des beigefügten Investitionsplanes im Vergleich zum Vorjahr aufgegliedert wurde. Im ersten Halbjahr sind keine wesentlichen Abweichungen zu verzeichnen. Die Umsatzerlöse haben sich im Vergleich zum Halbjahr 2009 um 5 % erhöht. Diese geringfügige Veränderung resultiert aus den umfangreich durchgeführten Winterdienstleistungen im ersten Quartal des Wirtschaftsjahres und die darauffolgenden Straßeninstandsetzungen. Trotz dieser geringen Erhöhung bleibt das Ergebnis im Vergleich zum Planansatz 2010 unter 50 % der Gesamterlöse, da die pflegerischen Maßnahmen und einige Reparaturen in vollem Umfang erst ab April 2010 durchgeführt werden konnten. Der Materialaufwand blieb im Vergleich zum Vorjahr konstant, lässt sich bei der Planung schwer einschätzen und kann innerhalb des Wirtschaftsjahres stark schwanken, da dieser zu 100 % aus den erteilten Aufträgen resultiert. Der etwas höhere Verbrauch im Vergleich zum Ansatz 2010 resultiert ebenfalls aus den Winterdiensten. Der Personalkostenaufwand fällt im Vergleich zum Vorjahr durch Langzeitkrankheit geringer aus. Die Abschreibungen im Planansatz 2010 in Höhe von 16.000 € wurden inklusive der geplanten Investitionen berechnet, die jedoch noch nicht zu 100 % umgesetzt wurden. Dies schlägt sich entsprechend auf die Höhe der Abschreibungen nieder.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen per 30.06.2010 bei ca. 52 % des Planansatzes. Diese geringfügige Überschreitung resultiert aus den im ersten Halbjahr fälligen Versicherungsbeiträgen und Kraftfahrzeugsteuern. Daraus ergibt sich ein vorläufiges positives Ergebnis in Höhe von 10.250 €

Investitionen erfolgten im ersten Halbjahr in Höhe von 8.700 €, es wurden ein Mähtraktor, ein Freischneider und eine Motorsäge angeschafft. 13.300 € sind lt. Planansatz noch für anstehende Investitionen offen.

Gemeinsam mit der Stadtverwaltung wird zurzeit ein Investitionsbedarf für kommende Jahre speziell im Hinblick auf reparaturanfällige und damit kostenintensive Maschinen und Geräte erstellt.

Abschließend führt Frau Arlt aus, dass die Werkleitung davon ausgeht, den Plan aufgrund der vorliegenden Zahlen des ersten Halbjahres zu erfüllen.

Auf Nachfrage der Abg. Wagner zum Zustand der Sanitäreinrichtungen insbesondere für die Mitarbeiter/innen im Grünpflegebereich erläutert der Bürgermeister, dass der Sanitärbereich voraussichtlich im kommenden Jahr saniert wird.

Auf die Nachfrage des Abg. Sachse, ob sich die Langzeiterkrankungen negativ auf die Auftragsabarbeitung auswirken, antwortet Frau Arlt, dass die Aufträge kaum zu bewältigen waren und insbesondere in den pflegeintensiven Monaten zusätzliches Personal befristet zum Einsatz kam.

Der Bürgermeister ergänzt, dass diese Problematik auch in der Verwaltung erkannt und dahingehend geregelt wurde, dass bei Ausfällen über 6 Wochen hinaus die Stelle befristet besetzt wird oder Aufträge an Dritte erteilt werden.

Abschließend wird dem Vorschlag der Abg. Alter zugestimmt, Mitte des Jahres 2011 eine Sitzung des Hauptausschusses vor Ort im Städtischen Betriebshof durchzuführen.

## **TOP 6.2 Beratung des Halbjahresberichtes 2010 Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen - Kommunalen Eigenbetrieb Freizeitbad "SCHWAPP"**

Herr Dr. Buhl erläutert den vorliegenden Halbjahresbericht und geht darauf ein, dass sich im Vergleich zum Planansatz einige Abweichungen ergaben, die aber durch Optimierung im Aufwand kompensiert werden konnten. Er schätzt ein, dass die anvisierten Ziele bis zum Jahresende erreicht werden, wenngleich der Ertrag im Badbereich und für die Saunen deutlich unter den Planzahlen liegt. Als wesentlichen Grund dafür führt Herr Dr. Buhl die unterschiedliche Wetterlage der vergangenen Monate an. Die warmen und sonnigen Tage der Monate Mai und Juni haben sich negativ auf die Besucherzahlen ausgewirkt und der lange, kalte Winter ließ den Energieverbrauch deutlich ansteigen. Hinzu kommt eine Preiserhöhung für Strom und Wärme. Diese Mehraufwendungen fielen aber aufgrund der durchgeführten Investitionen im Energiebereich deutlich geringer aus.

Weiterhin ist festzustellen, dass sich die Gestaltung der Ferienzeiten, z.B. eine Verkürzung der Winterferien, auf die Auslastung des Schwapps negativ auswirkt.

Für den Halbjahresbericht des zweiten Halbjahres soll eine detaillierte Monatsdarstellung erarbeitet werden, um die Umsatzentwicklung transparenter darzustellen.

Auf die Bemerkungen des Abg. Schulze, dass sich die Besucherzahlprognosen trotz durchgeführter Investitionen zur Erhöhung der Attraktivität im Sauna- und Erlebnisbadbereich nicht erfüllt haben und angesichts der rückläufigen Bevölkerungs- und Kaufkraftentwicklung auch künftig möglicherweise nicht erfüllt werden und trotzdem in einigen Jahren wieder über investive Maßnahmen zu beraten sein wird, erklärt Herr Dr. Buhl, dass die Entscheidungen notwendig und richtig waren. Das SCHWAPP bietet kein „Hallenschwimmen“ an, sondern richtet sich mit einer gestalteten, familienfreundlichen Landschaft an Familien, auch aus dem weiteren Umland. Insgesamt machen diese ca. 60 % der Besucher aus. Diese Klientel wird auch künftig einen Schwerpunkt der Besucherakquise darstellen. Des Weiteren ist es erklärtes Ziel, die städtischen Subventionen zu minimieren und dafür geeignete Maßnahmen umzusetzen (u.a. Vertragsgestaltung mit funfitness, Ertragssteigerung Schul- und Vereinssport).

Der Abg. Sachse regt an, neue Zielgruppe durch Sonderkonditionen und Werbekampagnen anzusprechen und dadurch weitere Besucher zu gewinnen. Herr Hellmann informiert, dass die bisherige Zusammenarbeit mit Vereinen und Unternehmen dahingehend ausgebaut wird, so gelingt es auch, Outdoor-Vereine für die Wintermonate mit festen Trainingszeiten ins Schwapp zu ziehen.

Dem Hinweis der Abg. Fiedler, dass Familien ein gesünderes, gastronomisches Angebot erwarten, widerspricht Herr Hellmann und meint, gerade im Badeparadies würde „Pommes und Ketchup“ von Kindern gern genommen. Diesbezüglich sind auch keine Beschwerden aus dem Gastrobereich bekannt. Ein gesundes Frischeangebot wird im Saunabereich angeboten und gern genommen.

Abg. Alter macht den Vorschlag, in einer „Ideenwerkstatt“ Vorschläge und Strategien für die Zukunft des Schwapps zu diskutieren. Außerdem regt sie an, Werbeangebote gemeinsam mit bereits vorhandenen Anbietern und Events zu verbinden (Wasserskianlage, Sommerrodelbahn usw.).

**TOP 6.3 Ehrung besonderer Personen und Verdienste um die Stadt Fürstenwalde/Spree 5/224**  
**hier: Vorschlag der Verfahrensweise**

Der Vorsitzende informiert, dass die Hinweise aus den Fraktionen bzw. von den Fraktionsvorsitzenden berücksichtigt wurden. Der Satzungsentwurf wurde geändert und der „Ehrenstadtverordnete“ gestrichen, so dass zur STVV eine beschlussreife Satzung vorliegt.

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigefügte Satzung über die Ehrung besonderer Personen und Verdienste um die Stadt Fürstenwalde/Spree.

**Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 6.4 Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) Fürstenwalde/Spree im Rahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung 5/237**

Der Bürgermeister erläutert den Sachverhalt ausführlich und weist besonders auf den aktualisierten Lageplan hin. Zielstellung der KMU-Förderung im Rahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung ist die Belebung und Attraktivitätssteigerung der Innenstädte und nicht einzelner Unternehmen in Wohnbereichen. Dem Rechnung tragend, wurde das Fördergebiet auf die Fürstenwalder Innenstadt und ausgewählte, angrenzende Gebiete der Stadtteile Fürstenwalde-Süd und –Mitte eingegrenzt.

Die Abg. Alter möchte wissen, ob die für die KMU-Förderung zur Verfügung stehenden 20.000 € ausreichen. Der Bürgermeister antwortet, dass die Antragsverfahren u.U. langwierig sind und die Mittel in diesem Jahr noch nicht in voller Höhe in Anspruch genommen werden. Er verweist gleichzeitig auf die erfreuliche Tatsache, dass mit einem kommunalen Miteleistungsanteil von bisher ca. 16.800 € ein Gesamtinvestitionsvolumen in Höhe von 340.000 € gesichert werden konnte und meint, die Verwaltung werde diese Entwicklung unterstützen, um weitere Investitionen zu sichern.

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Umsetzungsrichtlinie der Stadt Fürstenwalde zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

**Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 6.5 Satzung zur Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Leistungen der Feuerwehr der Stadt Fürstenwalde/Spree (Feuerwehrkostensatzung) 5/232**

Der Erste Beigeordnete erläutert, dass auf der Grundlage des Kommunalabgabengesetzes (KAG)

spätestens alle zwei Jahre Gebührensatzungen nachzukalkulieren sind. Dementsprechend wurden die Kostensätze der Feuerwehrkostensatzung gemeinsam mit der FG Brandschutz neu kalkuliert und die im Tagesordnungspunkt nachfolgende Satzung über Kostenersatz für die Durchführung der Brandverhütungsschau erarbeitet.

Das Wort wird Frau Basner erteilt, die über die Veränderungen der Kostenansätze informiert. Die einzelnen Fahrzeugkosten/Einsatzstunde wurden auf der Grundlage der einzelnen Fahrzeugpreise neu berechnet und reduziert. Für die kostenpflichtigen Bürger/innen wird somit eine gleichbehandelnde und gerechte Berechnungsgrundlage geschaffen, unabhängig davon, welcher Fahrzeugtyp eines Tanklöschfahrzeugs bei ihnen zum Einsatz kommt.

Frau Basner erläutert weiterhin, dass bei der Kostenkalkulation der Einsatzkräfte nicht mehr zwischen dem Leiter der Feuerwehr, haupt- und ehrenamtlichen Kräften unterschieden wird. Die Ansprüche an ehrenamtliche Kräfte und die Aufwendungen (Einkleidung, Weiterbildung, medizinische Betreuung usw.) entsprechen denen der hauptamtlichen Kräfte. Außerdem nehmen die Unternehmen/Arbeitgeber zunehmend die gesetzlichen Möglichkeiten in Anspruch, Lohnersatzforderungen für den Ausfall ihrer Mitarbeiter/innen durch ehrenamtliche Einsätze in Rechnung zu stellen. Diese Aufwendungen und die tariflichen Erhöhungen wurden bei der Neukalkulation berücksichtigt und führten insgesamt zu einer Erhöhung der Personalkosten.

Abg. Fiedler nimmt die Starkregenfälle der vergangenen Wochen zum Anlass, die zahlreichen Eigentümern oder Nutzern völlig unverschuldet überschwemmte Grundstücke oder Keller bescherten und fragt nach, wer dafür die Kosten des Abpumpens durch die Feuerwehr trägt. Der Bürgermeister erläutert, dass im Einzelfall die/der Verursacher schadensersatzpflichtig sind. Die Verwaltung prüft konkret die Möglichkeit, dem Land die Kosten für das Abpumpen der Hegelstraße in Rechnung zu stellen, da es seiner Verpflichtung zur entsprechenden Regenwasserableitung nicht nachgekommen ist.

Auf die Nachfrage des Vorsitzenden zu Unfalleinsätzen auf der Autobahn antwortet Frau Basner, dass die Einsätze grundsätzlich kostenpflichtig sind. Nur in extremen Ausnahmefällen, aus menschlichen Überlegungen heraus und in Absprache mit der Verwaltungsführung wird auf eine Anhörung bzw. den Kostenersatz verzichtet.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Leistungen der Feuerwehr der Stadt Fürstenwalde/Spree (Feuerwehrkostensatzung).

**Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 6.6 Satzung über Kostenersatz für die Durchführung der Brandverhütungsschau der Stadt Fürstenwalde/Spree 5/233**

Der Erste Beigeordnete informiert, dass die Brandverhütungsschau sowie deren Vor- und Nachbereitung durch entsprechend geschultes Personal durchgeführt wird. Die vorgelegte Satzung regelt den Ersatz der dafür entstandenen Aufwendungen.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigefügte Satzung über Kostenersatz für die Durchführung der Brandverhütungsschau der Stadt Fürstenwalde/Spree.

**Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 6.7 Schulangelegenheiten - 1. Satzung über die Bildung von Schulbezirken für die Grundschulen der Stadt Fürstenwalde, 2. Festlegung der Zügigkeiten der Grundschulen für die ersten Klassen im Schuljahr 2011/12** **5/231**

Der FB-Leiter Bürgerdienste informiert, dass die vorgelegte Satzung im Fachausschuss ausführlich beraten und Einstimmigkeit erzielt wurde. In die Diskussion wurden auch die Schulleiterinnen der Grundschulen einbezogen und die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen, Abg. Wagner, ergänzt, dass in Übereinstimmung mit ihnen empfohlen wird, auf eine Nummerierung der Grundschulen zu verzichten und mit den Namen der Schulen – Gerhard-Goßmann-Grundschule, Theodor-Fontane-Grundschule, Sonnengrundschule und Sigmund-Jähn-Grundschule – zu arbeiten. Die 1. Oberschule, die noch keinen Namen hat, wird gebeten, sich dieser Verfahrensweise anzupassen und sich einen Namen zu geben.

Der Hauptausschuss stimmt der Empfehlung des Fachausschusses zu und gibt ihn mit dem Hinweis an die STVV weiter, dass dort in der Schlussabstimmung beachtet werden soll, dass die Nummerierung der Grundschulen entfällt.

**Zustimmung mit Änderung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 6.8 Formwechselnde Umwandlung der Fürstengalerie GmbH & Co. KG** **5/219**

Der Bürgermeister erläutert, dass mit diesem Beschlussvorschlag sowohl der Entwicklung, als auch dem Vorschlag aller Fraktionen Rechnung getragen wird, die bisherigen zwei Gesellschaften zusammenzuführen. Das bislang noch fehlende Schreiben des Finanzamtes Eberswald liegt vor und bestätigt die dargelegte Rechtsauffassung.

**Beschlussvorschläge**

**1.**

Der formwechselnden Umwandlung der Fürstengalerie GmbH & Co. KG durch die Wohnungswirtschaft GmbH Fürstenwalde (Spree) als bisheriger Kommanditistin und der Fürstengalerie Verwaltungs GmbH als bisheriger Komplementärin in die Fürstengalerie GmbH wird zugestimmt. Die Bestimmungen der BbgKVerf sind zu beachten.

Die Fürstengalerie GmbH soll einen fakultativen Aufsichtsrat haben, der personell identisch mit dem Aufsichtsrat der bisherigen Fürstengalerie Verwaltungs GmbH ist und sich mit seiner Konstituierung eine identische Geschäftsordnung geben soll.

Sofern keine anderen Entscheidungen getroffen werden, sollen die bisherigen Vertretungsberechtigten der KG und der Komplementärin (Geschäftsführer und Prokurist) die Vertretungsberechtigten der Fürstengalerie GmbH sein.

Die Fürstengalerie Verwaltungs GmbH soll nach dem Formwechsel liquidiert werden.

**2.**

Es wird beschlossen, die Freistellung der Wohnungswirtschaft GmbH Fürstenwalde (Spree) von den Konsequenzen aus dem Besitz, der Nutzung und den Lasten des Geschäftsanteils an der Fürstengalerie Verwaltungs GmbH und der Fürstengalerie GmbH & Co. KG (Beschluss der SVV vom 11.03.2010) auf die künftige Fürstengalerie GmbH auszudehnen bis einschließlich 31.12.2010.

**Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 6.9 Stellenplanerweiterung für die Kindertagesstätte Kunterbunt ab 01.10.2010 5/239**

Der Bürgermeister erläutert, dass dem durch Landtagsbeschluss geänderten Kindertagesstättengesetz mit der Stellenplanerweiterung Rechnung getragen wird.

Auf die Nachfrage der Abg. Fiedler, ob sich aufgrund dieses Gesetzes bei den anderen Kitas keine Personal- oder Arbeitszeitänderungen ergeben antwortet der Erste Beigeordnete, dass auf der Grundlage der Anmeldungen und der abgeschlossenen Betreuungsverträge derzeitig nur für die Kita Kunterbunt ein zusätzlicher Bedarf ermittelt wurde.

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Stellenplanerweiterung um eine Stelle (0,8 VZE) ab 01.10.2010 in der Kindertagesstätte Kunterbunt.

**Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 7 Informationen der Verwaltung**

Der Bürgermeister informiert, dass sich die Verwaltung darüber Gedanken gemacht hat, wie die Mitglieder der STVV ein eindeutiges Abstimmungsergebnis dokumentieren können. Er verkündet, dass zur nächsten STVV grüne und rote Abstimmungskarten vorgestellt und deren Wirkung getestet werden soll. Dieser Vorschlag findet die Zustimmung des Hauptausschusses.

**TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

Es liegen keine Anfragen von Hauptausschussmitgliedern vor.

**TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Die öffentliche Sitzung wird geschlossen. Die Niederschrift umfasst 7 Seiten.



Gerold Sachse  
Vorsitzender

Franka Koch  
Schriftführerin